

Christine Scheel

- (A) Monaten mehr Unterstützung von Ihrer Seite in dieser Sache bekommen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nicht verhehlen, dass die Ausschussberatungen einige Verbesserungen gebracht haben. Wir bewerten immer sehr differenziert die einzelnen Punkte. Es gibt durchaus Entscheidungen, die wir für richtig halten. Ich nenne den verdoppelten Berufseinsteigerbonus; denn es macht Sinn für junge Leute, frühzeitig mit dem Sparen zu beginnen. Auch die vereinfachte Berechnung der Effektivzinsen im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher ist eine richtige Entscheidung. Wir begrüßen es auch, dass die Riester-Sparen ihre Mitteilungen weiterhin in Papierform erhalten. Auch wenn wir im Computerzeitalter leben, hat nicht jeder einen Internetanschluss.

Es gibt zwar einige – wenn auch wenige – positive Entwicklungen im Detail. Aber insgesamt bleibt die Kritik der Grünen voll und ganz bestehen: Die gute Idee „Wohneigentum im Alter“ wird schlecht umgesetzt. Die Chance zur Vereinfachung wurde leider vertan. Sie schaffen ohne Not einen neuen Bürokratiemoloch. Man hätte es leicht besser machen können.

Wir werden uns heute enthalten, weil wir zwar die Grundidee richtig finden, aber die Umsetzung für falsch halten.

Danke schön.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das Weltenkind in der Mitte!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt die Parlamentarische Staatssekretärin Nicolette Kressl.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Dem Minister ist das Gesetz nicht wichtig genug!)

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in unserer Gesellschaft inzwischen unbestritten, dass es der beste Weg zu einer sicheren Altersvorsorge ist, diese auf mehreren Säulen aufzubauen. Es ist auch klar, dass die gesetzliche Rentenversicherung weiterhin die erste und wichtigste Säule der Altersvorsorge bleibt, dass aber der ergänzende Bereich immer wichtiger wird. Die Menschen erwarten natürlich, dass hierfür die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Einen wichtigen Beitrag dazu hat die Riester-Rente geleistet, die 2001 eingeführt worden ist. Am Anfang war sie heftig umstritten, aber inzwischen wird sie nicht nur von den Experten, sondern – Gott sei Dank – auch von den Menschen akzeptiert. Die letzte uns bekannte Zahl besagt nämlich, dass 11 Millionen Menschen einen Riester-Vertrag abgeschlossen haben.

Frau Höll, bitte erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf Ihre Rede zurückzukommen. Die Art und

Weise, wie Sie die zusätzliche Altersvorsorge denunziert haben, halte ich für unverantwortlich. (C)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer Menschen Angst vor Altersarmut macht und gleichzeitig den Weg, sich zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, kaputtredet, der handelt nicht nur politisch inkorrekt, sondern auch unverantwortlich. Ich kann aus Ihren Äußerungen nur schließen, dass Sie Politik ausschließlich mit der Angst der Menschen machen wollen. Das kann nicht unser gemeinsamer Weg hier sein.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das machen Sie schon!)

Ich will ganz kurz die Grundprinzipien der Riester-Förderung erläutern, weil sich daraus in der logischen Konsequenz die Regelungen für die Eigenheimförderung ergeben. Das Grundprinzip ist, dass der Staat in der Ansparphase in einem erheblichen Umfang, entweder steuerlich oder mit direkten Hilfen, den Aufbau der Altersvorsorge mit Grundzulagen und Kinderzulagen unterstützt und die sich später ergebenden Altersleistungen der sogenannten nachgelagerten Besteuerung unterwirft.

Die im Rahmen dieses Gesetzes geregelte Förderung der Eigenheimrente passt in dieses Konzept im Grundsatz genau hinein. In allen Säulen der Altersvorsorge halten wir uns an die gleichen Prinzipien und Grundlinien; denn es macht überhaupt keinen Sinn, die Regeln zu ändern. Das würde es nach meiner Überzeugung nicht einfacher, sondern verwirrender machen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Im Mittelpunkt dieses Gesetzes steht die verbesserte Einbeziehung von selbstgenutztem Eigentum und von selbstgenutzten Genossenschaftswohnungen in die Riester-Rente. Es ist wichtig, deutlich zu machen: Bisher gehörte die Bildung von Wohneigentum nicht zu den unmittelbar begünstigten Anlageprodukten. Für viele Bürgerinnen und Bürger – das ist schon gesagt worden – stellt aber das Wohneigentum im Alter eine der Geldrente vergleichbare Möglichkeit der individuellen Altersvorsorge dar. Das berücksichtigen wir nun in diesem Gesetz.

Zum einen kann steuerlich gefördertes Altersvorsorgekapital zukünftig besser für eine wohnungswirtschaftliche Verwendung genutzt werden; die Kolleginnen und Kollegen haben schon beschrieben, auf welche Weise. Zum anderen fördern wir so Tilgungsleistungen für ein Darlehen zur Anschaffung oder Herstellung einer selbstgenutzten Wohnimmobilie.

Wir haben uns gleichzeitig entschieden, den Kreis derer, die diese Unterstützung nutzen können, möglichst weit zu fassen. Deshalb ist die ausdrücklich gute Entscheidung, wie ich finde, gefallen – dies ist schon erwähnt worden –, auch Anteile an Genossenschaftswohnungen in die Möglichkeit der Altersvorsorge und der staatlichen Förderung dieser Ansparungen hineinzunehmen. Die Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilien

Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl

- (A) bilie ist so ausgestaltet – ich habe es schon erwähnt –, dass die bisherige Systematik erhalten bleibt und die bestehenden Verfahrensstrukturen – auch das gehört dazu – parallel und sofort genutzt werden können.

Wir haben – das soll nicht unerwähnt bleiben; dies habe ich bei einigen Rednerinnen und Rednern, glaube ich, überhört – gleichzeitig die Möglichkeit eingebaut, bei der Besteuerung den „schnelleren Weg“ zu wählen. Es gibt nämlich ein einmaliges Recht der Wahl zwischen der nachgelagerten jährlichen Besteuerung – dies ist die eine Möglichkeit – und einer sofortigen Einmalbesteuerung des Kapitals, das angespart worden ist. Insofern gibt es ein Stück mehr Freiheit für die Menschen; denn die persönliche, individuelle Besteuerungssituation ist natürlich während der Rente unterschiedlich. Diese kann dann bei der Entscheidung mitberücksichtigt werden.

Die Entscheidung dafür, dass dieser Gesetzentwurf verabschiedet wird, ist also eine grundlegende Weichenstellung für die Altersvorsorge durch Wohneigentum.

Wir ergänzen – auch das soll nicht unerwähnt bleiben – weitere Punkte, nämlich dass es im Rahmen der Grundzulage einen zusätzlichen einmaligen Bonus von 200 Euro für alle Menschen gibt, die jünger als 25 Jahre sind und sich für eine Riester-Förderung entscheiden. Ich halte das für einen wichtigen finanziellen Anreiz gerade für junge Leute, die sich zwar oft genug – das spürt man in persönlichen Gesprächen – Sorgen über ihre Rente später machen, aber gleichzeitig sich noch nicht entscheiden, so früh wie möglich Geld anzulegen. Je früher sie das tun, desto effizienter ist dies. Deshalb ist die Verwendung von Steuermitteln für diesen Anreiz richtig angelegt. Das ist ein guter Weg, um ein Stück Motivation zu erreichen.

(Beifall bei der SPD – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Werbegeschenke zahlen normalerweise Vertragspartner!)

– Da ich höre, dass Sie das schon wieder denunzieren, will ich es noch einmal deutlich machen: Ich halte es für wichtig, zu überlegen, wie wir Steuermittel einsetzen. An dieser Stelle sind sie gut eingesetzt. Wir unterstützen im Übrigen in diesem Zusammenhang die langfristige Vorsorge der Menschen für ihr Alter.

Ich will noch einen Punkt ansprechen. Wir verändern die Wohnungsbauprämie. Wir reduzieren ihre Verwendung auf die wirkliche Verwendung im wohnungswirtschaftlichen Sinn. In diesem Zusammenhang haben die Fraktionen allerdings gesagt: Wir wollen junge Leute bei der Überlegung: „Weiß ich schon jetzt, ob ich bauen will?“ davon abhalten, aufgrund dieser Zweckbindung nicht auf diese Art und Weise zu sparen. Deshalb haben wir uns entschieden, für Menschen unter 25 Jahren Öffnungen einzubauen.

Ich glaube, dass wir mit diesem Gesetz die notwendigen Rahmenbedingungen für die Altersvorsorge verbessern. Jetzt muss es noch durch die Entscheidung der Menschen, darin zu investieren, unterstützt werden. Das können wir alle auf den Weg bringen, indem wir für dieses Gesetz in der Öffentlichkeit werben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention gebe ich das Wort der Kollegin Barbara Höll.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Frau Staatssekretärin, Ihre Behauptung, die Linke betreibe unverantwortliche Politik, weise ich hiermit strikt zurück. Diesen Vorwurf müssen Sie sich schon selbst ans Revers heften. Sie erzählen den Menschen doch seit Jahren, die gesetzliche Rentenversicherung sei nicht in der Lage, ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen. Sie haben die Beiträge für die Arbeitgeber abgesenkt, und zwar auf Kosten einer Beitragserhöhung aufseiten der Arbeitnehmer. Und dann sagen Sie ihnen noch, dass möglichst viel privat vorgesorgt werden muss. Das lehnen wir ab.

Wir geben den Menschen Hoffnung. Wir zeigen ihnen einen Weg in die Zukunft. Wir haben ein Konzept und zeigen auf, dass eine paritätische Finanzierung möglich ist, dass es möglich ist, Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen einzubeziehen. Wir zeigen, dass eine gesetzliche Altersversicherung durchsetzbar ist, die ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wie das bei den DDR-Rentnern war?)

Herr Oswald hat vorhin das Recht auf die Bildung von Eigentum betont. Diesbezüglich stimme ich Ihnen zu. Die Menschen haben aber auch das Recht, dass ihre Arbeit anständig bezahlt wird; denn das ist die Voraussetzung, um überhaupt fürs Alter vorsorgen zu können. Das heißt, sie haben ein Recht auf Mindestlohn. Dieses Recht müssen Sie erst einmal gewährleisten. Ich muss erst einmal Arbeit haben und ordentlich bezahlt werden, damit ich Eigentum bilden kann.

(D)

Wir haben Konzepte, die zukunftsweisend sind, Sie hingegen nicht. Sie geben staatliche Mittel nicht in die gesetzliche Rentenversicherung, sondern finanzieren

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Eigentum!)

mit Steuergeldern letzten Endes doch nur die Versicherungswirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Es gibt jetzt einen Fleißpunkt von Lafontaine und Gysi! Einen Eintrag ins Buch! Das wird vermerkt!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kressl, bitte.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Sehr geehrte Frau Kollegin Höll, wer Ihre Rede gerade gehört hat, hat ganz sicher vergeblich nach irgendeinem Ansatz für ein Konzept gesucht. Alle hier haben gehört, dass Sie ausschließlich Punkt für Punkt erklärt haben, was nicht geht. Sie haben Ihre Interven-

Parl. Staatssekretärin Nicolette Kressl

- (A) tion durch Ihre Rede selbst ad absurdum geführt. Das muss ich nicht weiter erläutern.

Ich will noch einmal deutlich machen, dass die Regierungsfaktionen ein Konzept haben. Wir wollen, dass junge Menschen für sich selbst vorsorgen, und bieten dafür staatliche Unterstützung an. Wir wollen gerade den jungen Leuten die Möglichkeit bieten, so früh wie möglich in eine „unterstützende Säule“ der Altersvorsorge zu investieren. Ein Beweis dafür, dass dieser Weg gut ist – sofern es überhaupt eines Beweises bedarf –, ist die Tatsache, dass sich 11 Millionen Menschen für diesen Weg entschieden haben. Ich finde, die Menschen können manchmal besser beurteilen, was gut ist, als wir, die wir hier im Bundestag über die Theorie diskutieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Olav Gutting hat jetzt das Wort für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zur Linken in diesem Hause glaubt die Union nicht, dass Eigentum etwas Schlechtes ist und man die Menschen davor schützen muss.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:
Wer hat denn das gesagt?)

- (B) Wir in der Union glauben, dass Eigentum, insbesondere Wohneigentum, etwas Gutes ist. Wir wollen die Menschen beim Erwerb dieses Eigentums unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Die beste Altersvorsorge ist das!)

Die Integration der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge ist ein wichtiger Baustein. Mit dem Eigenheimrentengesetz vergrößern wir das Angebot staatlich geförderter Altersvorsorgemodelle und beenden die Diskriminierung der Wohnimmobilie gegenüber anderen Formen der Altersvorsorge. Natürlich ist die Eigenheimrente kein vollwertiger Ersatz für die weggefallene Eigenheimzulage. Diesen Anspruch hat dieses Gesetz auch nicht. Mit diesem Gesetz setzen wir aber ein Signal. Ich bin davon überzeugt, dass von diesem Eigenheimrentengesetz ein Impuls für Investitionen im Baubereich ausgehen wird.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Wird schon!)

Es ist ein wichtiger Schritt, dass nunmehr die Anschaffung, die Herstellung und die Entschuldung von selbstgenutztem Wohneigentum wieder eine Förderung erfährt.

Es ist kein Geheimnis, dass wir in der Union uns ein unbürokratischeres Modell zur verbesserten Einbeziehung der Immobilie in die Altersvorsorge gewünscht hätten. Hierzu hätten wir aber von der nachgelagerten Besteuerung abweichen müssen. Wenn wir die selbstge-

nutzte Immobilie im Rahmen der Riester-Rente fördern, was wir jetzt tun, und steuersystematisch stringent vorgehen wollen, dann können wir dies eigentlich nur über die nachgelagerte Besteuerung, über das Wohnförderkonto tun. (C)

In den Beratungen konnten wir an wichtigen Stellen dieses Gesetzentwurfes deutliche Verbesserungen erreichen.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Hervorzuheben ist die schon mehrmals angesprochene Ausnahmeregelung bei der Zweckbindung von Wohnungsbauprämien für unter 25-Jährige.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:
Da habt ihr gut zusammengearbeitet!)

Der Anreiz zum Sparen ist gerade für junge Menschen wichtig. Wir haben vorhin schon gehört: Die US-Immobilienkrise hat gezeigt, dass die Vergabe von Krediten für Immobilien ohne das Vorhandensein von genügend Eigenkapital definitiv der falsche Weg ist.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir haben in Deutschland mit fast 32 Millionen Bausparverträgen ein funktionierendes System der Eigenkapitalbildung.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Mit der von uns erreichten Privilegierung von jungen Menschen bei der Wohnungsbauprämie haben wir es geschafft, einen bereits seit Jahren gut funktionierenden Anreiz zu bewahren, um junge Menschen zum Sparen anzuregen. Wir haben damit die Grundidee des Bausparens gestärkt. Denn ohne ausreichende Neuabschlüsse funktioniert das Bausparsystem nicht. Die Zuteilung von Bausparverträgen, also die Auszahlung, ist unter anderem vom Geldeingang und von der Zahl der abgeschlossenen Verträge abhängig. Mehr Neuzugänge bedeuten schnellere Zuteilung, mehr Mittel zum Wohnungsbau, mehr Bautätigkeit und damit bessere Aussichten für die Bauwirtschaft. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Eduard Oswald [CDU/CSU]:
Da wird wohl niemand widersprechen!)

Wir konnten auch in einem weiteren Punkt eine deutliche Verbesserung erzielen. So ist es gelungen, den vorgesehenen Berufseinsteigerbonus von 100 Euro auf 200 Euro zu verdoppeln und den Altersrahmen bei diesem Bonus von 21 auf 25 Lebensjahre anzuheben. Auch das ist ein unmissverständliches Signal an junge Menschen, bereits in einem frühen Lebensabschnitt mit dem Sparen zu beginnen und an die Altersvorsorge zu denken.

(Zuruf von der LINKEN: Aha!)

Denn fehlende Ansparungen in jungen Jahren können durch die inzwischen entgangenen Zulagen und vor allem durch den Zinseszinsseffekt später nicht mehr aufgeholt werden.

Man kann natürlich immer noch mehr fordern. Die Kritiker des Gesetzentwurfes halten die Fördersätze für